

JAHRESBERICHTE 2012

SP STADT BERN



Inhaltsverzeichnis

1. Bericht des Präsidiums	S. 3
2. Bericht der SP/JUSO-Fraktion	S. 8
3. Bericht der Leitung des Wahlausschusses	S. 11
4. Bericht der städtischen Grossrätinnen und Grossräte	S. 15
5. Gemeindeabstimmungen	S. 18
6. Mitgliederentwicklung	S. 19
7. Jahresrechnung	S. 20
8. Gewinn- und Verlustrechnung	S. 21
9. Berichte der Arbeitsgruppen	S. 22
9.1. Arbeitsgruppe Sozialpolitik	S. 22
9.2. Arbeitsgruppe Sport	S. 23
9.3. Arbeitsgruppe Sicherheit	S. 24
9.4. Arbeitsgruppe Kultur	S. 25
9.5. Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr	S. 26
9.6. Arbeitsgruppe Wirtschaft	S. 28
9.7. Arbeitsgruppe Gleichstellung	S. 29
9.8. Schulfraktion	S. 29
10. Bericht der JUSO Stadt Bern	S. 30
11. Kontaktadressen	S. 32

Impressum

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern
Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23
Tel: 031 370 07 90, Fax: 031 370 07 81
bern@spbe.ch, www.spbern.ch
Foto Titelseite: Werner Dähler/Michael Arn
Druck: Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Bern
Auflage: 250
Januar 2013

1. Bericht des Präsidiums

Das politische Jahr 2012

Das politische Jahr 2012 endete mit einem grossartigen Wahlerfolg der SP in den Stadt- und Gemeinderatswahlen vom 25. November. Mit überragenden 70% wurde Alex Tschäppät als Stadtpräsident bestätigt. Die RGM-Gemeinderatsliste erzielte mit 59% ebenfalls ein bisher nie erreichtes Resultat. Die SP belegte mit Ursula Wyss auf dem ersten und Alex Tschäppät auf dem zweiten Platz die Spitzenplätze vor Franziska Teuscher (GB) und der knapp nicht gewählten Tanja Espinoza (GFL) – dies trotz Konkurrenz durch eine Mitte- und eine bürgerliche Liste mit je fünf GemeinderatskandidatInnen. Im Stadtrat erzielte die SP schliesslich drei Sitzgewinne und einen Stimmenzuwachs von fast 3,5%. Enttäuschend ist das Resultat der Gewerkschaften und der JUSO-Liste. Mit etwas mehr Engagement wären da Sitze zu machen gewesen.

Im neuen Stadtrat zeigt sich ein klarer Trend nach links und eine klare Stärkung von RGM. Auf bürgerlicher Seite gingen vier Sitze verloren, in der Mitte legte die GLP zwei Sitze zu, ebenso das RGM-Lager, bei dem den drei Sitzgewinnen der SP ein Verlust der GFL gegenübersteht. Für die SP bedeutet dies mehr Handlungsspielraum. Über die Blöcke hinaus sind GLP und BDP valable Partner. Grosse Fortschritte waren früher immer dann möglich, wenn FDP und SP zusammenspannten. Die FDP hat sich davon in der Stadt leider verabschiedet, andere Parteien sind an ihre Stelle getreten.

Nach den Sitzverlusten der SP bei den Stadtratswahlen 2008 ist die Trendwende gelungen: Mit jeder Wahl hat die SP den Zuwachs an Wähleranteilen steigern können.

- 2009 gewinnt Christoph Lerch die Regierungsstatthalterwahlen
- Bei den Grossratswahlen 2010: Steigerung von 0,7% gegenüber 2006
- Bei den Nationalratswahlen 2011: Steigerung von 1,4% gegenüber 2007
- Bei den Stadtratswahlen 2012 resultierte eine Zunahme von 2,5%, zusammen mit der JUSO-Liste sogar 3,5%.

Nicht unerheblich: Im Laufe des Jahres 2012 musste die SP Stadt Bern gerade auch noch das Sekretariat und das Co-Präsidium neu besetzen. Dies wurde nach der Wahl von Parteisekretärin Leyla Gül und Co-Präsidentin Flavia Wasserfallen als neue Generalsekretärinnen der SP Schweiz auf Herbst 2012 nötig. Mit Michael Sutter haben wir im Sekretariat eine hervorragende Nachfolge und mit Stefan Jordi und Edith Siegenthaler eine ausgezeichnete und einstimmige Empfehlung der Geschäftsleitung für das neue Co-Präsidium zu Händen der Hauptversammlung vom Februar 2013. Einen wesentlichen Anteil am Wahlergebnis hatte auch das motivierte und professionelle Wahlkampf-Team unter der Leitung von Michael Sutter und David Stampfli sowie der von den letzten Nationalratswahlen abgeleitete Wahlslogan: "Stadt für alle statt für wenige". Kurz vor den Wahlen, Ende Oktober, veranstaltete die SP Stadt Bern im Bierhübeli auch wieder einmal ein grosses, bestens besuchtes Fest für die Mitglieder mit Auftritten von Tomazobi und Stiller Has.



SP-Fest im Bierhübeli. Bild: Michael Arn

Weitere politische Themen des Jahres 2012 waren – wie schon im Vorjahr – die Ausgestaltung des Kita-Reglements und des Schulreglements. Bei den Kitas sammelte die SP zusammen mit andern Partnern erfolgreich Unterschriften für einen Volksvorschlag, beim Schulreglement versenkte der Stadtrat überraschend die umstrittenen Neuerungen, welche eine wacklige Koalition von SVP bis GFL vor rund zwei Jahren eingebracht hatte. Die Volksabstimmung für ein neues Lohnreglement, das für die Stadtangestellten und den Gemeinderat eine moderate Lohnerhöhung vorsah, ging leider verloren. Weiter prägten Wohnvorlagen, Reitschule und Nachtleben die politische Debatte. Insbesondere das Nachtleben brachte im Juni über 20'000 vorwiegend junge Leute auf die Beine. Bei runden Tischen des Gemeinderates zeigte sich jedoch auch, dass der Ausgleich zwischen Nachtleben und Wohnen nicht mit simplen Lösungen zu schaffen ist.

Hauptversammlung und Delegiertenversammlungen

Kontinuität und Erneuerung! An der **HV vom 13. Februar** wurden Alex und Ursula nach engagierten Voten und einer für einmal ungewöhnlicheren Präsentation einstimmig nominiert. Somit konnte die SP mit einem kompetenten, motivierten und gut verankerten Duo ins Wahljahr starten. Die SP hat als erste Partei ihre Kandidaturen präsentiert, was sich aus unserer Sicht bewährt hat. Für ein weiteres Jahr gewählt wurden die Mitglieder der Parteileitung und der Jahresbericht und die Jahresrechnung 2011 wurden genehmigt. Erfreulich und erwähnenswert ist auch, dass die Delegierten einer Änderung des Finanzreglements zugestimmt haben und die SP Stadt Bern nun über harmonisierte Mitgliederbeiträge und einen Finanzausgleich zwischen den Sektionen verfügt. Dank an Theo Füeg und alle Kassiere der Sektionen!



Bild: Béatrice Devènes

Preisgünstiger Wohnraum! An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom **19. März** in der Kehrrechtverwertungsanlage haben sich die Delegierten für die Mitlancierung einer Volkinitiative „Für bezahlbare Wohnungen“ ausgesprochen sowie die JA-Parole zum Zonenplan Warmbächliweg beschlossen.

Eine starke Stadtratsliste! Die DV vom **14. Mai** stand ganz im Zeichen der Wahlen. Nachdem die Listengestaltung von den Delegierten festgelegt wurde, fand auch die Nomination der Kandidierenden für die Stadtratsliste statt. Da es mehr Vornominierungen aus den Sektionen gab als Listenplätze, fand zur Besetzung der 40 Sitze eine Wahl statt. Zudem diskutierten und verabschiedeten die Delegierten schliesslich die Wahlplattform und fassten zur Überbauungsordnung Stöckacker Süd und zum Nutzungszonenplan Allmenden die JA-Parole.

Energievisionen für die Stadt Bern! Die DV vom **27. August** fand im 5ième Etage am Mühleplatz statt. Die AG Wirtschaft hat ihre Ideen für eine nachhaltige Energieversorgung in der Stadt vorgestellt. Die Idee des Energiepools konnte von Leyla Gül und Halua Pinto bereits ins Parlament getragen werden und wurde auch seitens der Verwaltung mit Interesse aufgenommen. An einem kontradiktorischen Tischgespräch haben Bernhard Emch (Präsident HIV Bern) und Ursula Wyss die Energie- wende und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation diskutiert. Anschliessend hat der Stadtpräsident in einer engagierten Präsentation seinen Rück- und Ausblick über den Wohnungsbau in der Stadt dargestellt. Die Delegierten haben zum neuen Lohnreglement, zum Gesamtkredit Sanierung Marktgasse, zur Einführung der Agglomerationskommission sowie zu den neuen Zuständigkeiten in der Regionalkonferenz viermal die JA-Parole beschlossen. Zum krönenden Abschluss dieser DV wurde Michael Sutter als Nachfolger von Leyla Gül gewählt. Dies und vieles mehr konnten die Delegierten beim anschliessenden Apéro feiern.

Schlussmobilisierungsfest für alle! Die wohl ungewöhnlichste DV fand am Sonntag (!) **28. Oktober** im Bierhübeli statt. Für einmal waren die Traktanden kurz und bündig: Nachdem die Delegierten die JA-Parole zum Budget gefasst hatten wurde einfach nur gefeiert. Als Dank für das riesige Engagement im Wahlkampf und der Parteiarbeit organisierte die SP zusammen mit Alex ein Schlussmobilisierungsfest für die Mitglieder, Freunde und Sympis der SP. Risotto und Getränke waren gesetzt – was den Abend mit rund 300 Gästen unvergesslich machte waren jedoch die Auftritte von Tomazobi und Stiller Has.



Bilder: Michael Arn

Freudiger (wehmütiger) Abschied! An der DV vom **3. Dezember** im Hotel Kreuz galt es schlussendlich, die tollen Resultate der SP im Stadtpräsidium, Gemeinderat und Stadtrat zu analysieren. Die Zahlen und eine umfassende Panaschierstatistik wurde den Delegierten vom Politologen Werner Seitz präsentiert. Die Delegierten nahmen mit vier stimmigen Reden von Thomas Göttin, Res Zysset, Giovanna Battagliero und Margrith Beyeler Abschied von ihrer Gemeinderätin Edith Olibet, welche allen als gradlinige, bescheidene und sozial engagierte Persönlichkeit in Erinnerung bleiben wird. Mit der Etablierung des erfolgreichen Frühförderungsprojekt Primano 2012 konnte Edith ihr langjähriges Engagement für Chancengleichheit in der Volksschule, der familienexternen Betreuung und dem Sport abschliessen. Die Delegierten haben zudem Flavia Wasserfallen als Co-Präsidentin verabschiedet. Flavia hat zusammen mit Thomas während rund drei Jahren die SP im Co präsidiert. Sie trat auf die DV zurück, weil sie Ende Oktober zusammen mit Leyla Gül das Generalsekretariat der SPS übernommen hat. Ihre Arbeit wurde mit Worten (und Rosen) von Thomas Göttin und Matthias Aebischer verdankt.

Wir danken herzlich für die rege Teilnahme an den Delegiertenversammlungen, v.a. auch an den vielen ungewöhnlichen Austragungsorten im 2012!

Partei- und Geschäftsleitung

An der zweitägigen Retraite der Partei- und Geschäftsleitung vom 13./14. Januar 2012 auf dem Gurten entstand der Slogan, welcher unsere Partei im Wahljahr erfolgreich begleiten sollte: „Stadt für alle statt für wenige“. So standen an der Retraite denn auch die Planung der Wahlthemen und -ziele, eine Weiterbildung zum Thema Waldstadt sowie ein Hearing mit Ursula Wyss und Alex Tschäppät im Mittelpunkt. Es war schnell klar: Mit Ursula und Alex hatten wir ein Top-Duo für die Exekutive und thematisch hat die Geschäftsleitung zum einen die Förderung des preisgünstigen Wohnraums und zum andern die Frühförderung und den Ausbau der Kitaplätze für 2012 in den Vordergrund gestellt. Eine ökologische und soziale Stadt für alle!

**STADT FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE**



Wir haben im Wahljahr nebst Nominationen, Planung der Wahlkampagne, Erstellung des Wahlkonzepts und der Wahlplattform v.a. auch politisch einiges erreicht oder gestartet: So haben wir zusammen mit RGM eine Wohninitiative lanciert, den Volksvorschlag gegen das Kitareglement eingereicht und zum Thema Green City den Energiepool lanciert.

Schliesslich beteiligte sich die SP Stadt Bern an diversen Mitwirkungen und Vernehmlassungen u.a. zur Teilrevision des Abfallreglements, zur Teilrevision des

Schulreglements, zur Teilrevision des Personalreglements oder zum Nachtlebenkonzept. Die Arbeitsgruppen waren 2012 sehr aktiv und haben intensive Grundlagenarbeit geleistet, was an der Geschäftsleitungssitzung vom 14. November beim traditionellen AG-Austausch gewürdigt und verdankt wurde. Ohne die AGs wäre eine solch professionelle und fundierte Verlautbarung der SP zu den verschiedensten politischen Entwürfen nicht möglich!

Ab der HV vom 13. Februar setzte sich die Parteileitung wie folgt zusammen: Co-Präsidium Thomas Göttin und Flavia Wasserfallen, Felix Hauser, Vizepräsident, Theo Füeg, Finanzverantwortlicher, Leyla Gül, Parteisekretärin (bis 09/12), Michael Sutter (Mutterschaftsvertretung von Leyla), Annette Lehmann, Fraktionspräsidentin und die frei gewählten Mitglieder Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Peter Marbet und Tanja Walliser (bis 08/12) sowie David Stampfli (Co-Leiter des Wahlausschusses). Trotz personeller Wechsel und mutterschaftsbedingten Auszeiten (Leyla und Flavia) konnte die Parteileitung dank guter Zusammenarbeit mit der GL und einem hervorragenden Parteisekretariat die Arbeit konstant und in sehr guter Atmosphäre weiterführen. Es war uns beiden eine Ehre und grosse Freude, das Co-Präsidium der SP Stadt Bern während sechs respektive drei Jahren auszuführen. Dass wir diese schöne Zeit mit dem hervorragenden Wahlergebnis der SP am 25. November 2012 abschliessen dürfen, ist schlicht genial! Herzlichen Dank an alle für die tolle Zusammenarbeit und Unterstützung!

Thomas Göttin und Flavia Wasserfallen, Co-Präsidium SP Stadt Bern



Bild: Michael Arn

2. Bericht der SP/JUSO-Fraktion

Wir hatten in diesem Jahr in der Stadtratsfraktion drei Wechsel zu verzeichnen. Für die zurückgetretene Tanja Walliser hat Martin Krebs Mitte März die Arbeit im Stadtrat aufgenommen. Bettina Stüssi hat Beat Zobrist, der nach über 11 Jahren zurückgetreten ist, ersetzt und für die neue Co-Generalsekretärin der SP Schweiz Leyla Gül sitzt seit September David Stampfli im Stadtrat. Die Mitglieder der Stadtratsfraktion waren bei wichtigen Sachgeschäften immer gut vorbereitet und leisten in den Kommissionen sehr gute Arbeit. An dieser Stelle möchte ich allen für das grosse Engagement danken.

An der ersten Stadtratssitzung des Jahres durften wir zuallererst Ursula Marti als höchste Bernerin ins Amt der Stadtratspräsidentin wählen. Das rauschende Fest in der Dampfzentrale wird uns allen in guter Erinnerung bleiben. Ursula Marti hat die Arbeit als Ratspräsidentin erfolgreich gemeistert und den Rat durch das geschäftsreiche Wahljahr geleitet.

Neben dem Wahljahr hatten wir im Stadtrat die übliche Arbeit zu verrichten. Neben den unzähligen eingereichten Vorstössen, die für ein Wahljahr im üblichen Rahmen lagen, hatten wir sehr viele Sachgeschäfte zu behandeln. Im Folgenden eine Auswahl:

Begonnen hat das Jahr mit der **Annahme der Totalrevision des Personalvorsorgegesetzes**. Dazu wurde eine Spezialkommission unter der Leitung von Giovanna Battaglio eingesetzt, die die Revision vorbereitet hat. Die Totalrevision wurde nötig, um die Finanzierung der PVK auf eine solide Grundlage zu stellen und Kompetenzen und Zuständigkeiten transparent zu regeln. Das zentrale Anliegen der Totalrevision war die Schliessung der systematischen Finanzierungslücke, insbesondere bei der vorzeitigen Pensionierung. Auf einen Primatwechsel wurde verzichtet. Eine interfraktionelle Motion für den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat bis zum 31. März 2016 wurde hingegen ohne unsere Unterstützung überwiesen.

Im Februar 2012 wurde eine Motion der SP/JUSO-Fraktion mit 66 zu 2 Stimmen überwiesen. In dieser wurde gefordert, dass **Primano** weitergeführt, auf die ganze Stadt ausgedehnt und die dafür nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das Frühförderungsprojekt Primano hat in der Stadt Pionierarbeit geleistet und sich schweizweit und über die Landesgrenzen hinaus ein gutes Renommee geschaffen. Andere Kantone und Gemeinden führen nach unserem Vorbild ebenfalls Frühförderungsprogramme ein. Die grosse Zustimmung für unseren Vorstoss war sehr erfreulich und ein gutes Signal für die Frühförderung.

Im Berichtsjahr haben wir ausserdem zwei wichtige Wohnbauprojekte verabschiedet: Zum einen das Gebiet **Warmbächliweg-Güterstrasse** und zum andern **Stöckacker Süd**. Die Stimmbevölkerung hat den entsprechenden Vorlagen im Mai und im September 2012 mit grossem Mehr ihre Zustimmung gegeben.

Die Aufsichtskommission des Stadtrates hat sich 2008 ausführlich mit den Auswirkungen der Initiative „200'000.- sind genug“ befasst. Sie kam zum Schluss, dass die **Lohndeckelung** die Rekrutierung von Personal und generell die Entwicklung der städtischen Löhne erschwere. Nach der Überweisung der Kommissionssmotion liess der Gemeinderat Modellvarianten erarbeiten. Die Gehaltsobergrenze ab Lohnklasse

20 sowie die Gemeinderatslöhne sollten angehoben werden, aber auch der Minimallohn hätte eine Erhöhung erfahren. Leider hat die Stimmbevölkerung der Vorlage im September 2012 eine Abfuhr erteilt.

Wir haben drei Baukredite für **Gesamtsanierungen der Volksschulen** Munzinger, Rossfeld und Länggasse bewilligt. Ausserdem haben wir einen Kredit für den Neubau einer Doppeltturnhalle bei der Volksschule Bitzios genehmigt. Unabhängig davon haben wir im Stadtrat eine hitzige Debatte zum **Aula-Neubau** beim Länggass-Schulhaus geführt. Der Bedarf wurde zwar nie in Frage gestellt, es wurde aber darum gestritten, wo der Neubau gebaut werden soll. Auch die SP/JUSO-Fraktion war bei der Standortfrage gespalten. Eine Mehrheit des Stadtrates hat die Vorstösse aber überwiesen. Der Neubau der Aula wird somit getrennt von der Gesamtsanierung des Schulhauses in der neuen Legislatur behandelt werden.

Am 17. Juni hat die Stimmbevölkerung den **Nutzungszonenplan Allmenden** angenommen. Nach rekordverdächtiger Dauer konnte damit eine Motion von SP-Altstadtrat Rudolf Käsermann aus dem Jahre 1979 abgeschrieben werden. Dem ganzen Zonenplan ging ein ellenlanges Ringen voraus. Auch dieser Nutzungszonenplan konnte uns wegen der Parkplatzsituation auf der Kleinen Allmend nicht restlos zufrieden stellen, wir stimmten dem Kompromiss dennoch zu.

Nach der verlorenen Kita-Initiative und der Annahme der **Betreuungsgutscheine** wurde das Reglement zur Umsetzung dem Stadtrat vorgelegt. Eine Mehrheit von Mitte bis rechts hat dabei mehrere zentrale Punkte in der Gemeinderatsvorlage abgeändert. Einerseits sollen die Defizitgarantien für städtische Kitas nicht mehr möglich sein, andererseits soll die Tarifobergrenze nach oben frei gegeben werden, sobald der Kanton diese auch genehmigt. Gegen diese Vorlage haben wir erfolgreich das konstruktive Referendum ergriffen.

Die Budgetdebatte wurde auch in diesem Jahr ohne grosse Zwischentöne geführt. Nach intensiver und langer Debatte wurde das **Budget** vom Stadtrat angenommen. Wir haben zwar ein ausgeglichenes Budget, aber dieses steht auf etwas wackligen Beinen. Mehrere Faktoren machen die Situation schwierig: Wir haben einen Bundesgerichtsentscheid, der uns 3.7 Millionen Franken kostet, wir haben die reduzierte Gewinnablieferung von ewb, die zum Teil aufgefangen werden kann und wir haben vor allem unvorhergesehene Einbussen beim FILAG. Wir haben Haushaltsverbesserungsmassnahmen von 15.3 Mio. Franken und globale Kürzungen und Mehrerträge von 10.2 Mio. Franken. Dem steht ein Leistungsausbau von 6.7 Mio. Franken gegenüber. Die Behauptung, dass die Ausgaben immer nur zunehmen und dass nicht gespart werde, stimmt nicht. Es ist auch frech und unfair gegenüber den städtischen Angestellten, die bereits das x-te Sparpaket hinter sich haben. Der Stadtrat wird sich im Februar mit neuen Sparmassnahmen befassen müssen, auch die vom Kanton beschlossenen Massnahmen werden das städtische Budget zusätzlich belasten.

Die mit Vertreterinnen von fast allen Fraktionen eingereichte Motion für eine **Geschlechterquote** von 35% im Kader der städtischen Verwaltung wurde erfolgreich überwiesen. Die Stadt Bern muss nun eine entsprechende Vorlage erarbeiten. Dagegen hat der Jungfreisinn bereits das Referendum angekündigt.

Im Februar 2012 hat das Bundesgericht das Urteil zu den **Abfallgrundgebühren** gefällt. Es besagt, dass die Finanzierung über Verursachergebühren und nicht über die Steuern zu erfolgen habe. Das heisst, dass die bisherige Regelung mit Ausnahme der Fixkosten, die nach wie vor über die Grundgebühr abgerechnet werden können, nicht bundesrechtskonform ist. Gemäss dem Urteil ist eine Littering-Gebühr zwar zulässig, jedoch nicht so wie vorgesehen: Die Kosten dürfen nicht über die Grundgebühr, sondern müssen über den Verursacher erhoben werden. Die Stadt Bern muss demnach ihr Abfallreglement anpassen und die Grundgebühren reduzieren. Die bereits zu viel erhobenen Grundgebühren müssen zurückerstattet werden und schlussendlich muss die Stadt künftig eine Littering-Gebühr einführen. Der Stadtrat hat die entsprechenden Anpassungen im Abfallreglement am 8. November 2012 verabschiedet.

Der **Leistungsvertrag mit der Reitschule** wurde am 15. November 2012 endlich für drei Jahre angenommen. Nach einer Rückweisung und einer nur einjährigen Genehmigung durch den Stadtrat im Jahr 2011 konnte die Mehrheit dem Leistungsvertrag mit der IKUR diesmal zustimmen. Ich möchte an dieser Stelle der Stadt und der IKUR für ihre Gesprächsbereitschaft und die Weiterverhandlungen danken. Die unzähligen Vorstösse im Stadtrat gegen die Reitschule haben uns und die Verwaltung in diesem Jahr viel Zeit und Geld gekostet.

Das **Schulreglement** hat auch heuer wieder für Überraschungen gesorgt. Im November 2012 sollte der Stadtrat den Entscheid zu den Schulkommissionen sowie die erste Lesung in Angriff nehmen. Nach der Eintretensdebatte hat die SVP Fraktion kurzerhand einen Nichteintretens-Antrag gestellt, der eine Mehrheit fand und somit die ganze Arbeit von zweieinhalb Jahren zunichtemachte. Konkret bedeutet dies: Status quo.

Am 6. Dezember 2012 haben wir noch den Projektierungskredit **Hochwasserschutz** verabschiedet. Die Abstimmung dazu findet voraussichtlich am 3. März 2013 statt.

Die SP/JUSO-Fraktion ist 2012 auch mit 25 Vorstössen (Vorjahr: 28) aktiv geworden; ein paar zusätzliche wurden interfraktionell eingereicht.

Annette Lehmann, Präsidentin der SP/JUSO-Fraktion

3. Bericht der Leitung des Wahlausschusses

Der Wahlausschuss (WAS) war für die operative Planung, Durchführung und Auswertung der SP-Kampagne für die Stadtratswahlen 2012 zuständig. Er wurde am 26. Oktober 2011 von der GL eingesetzt und von David Stampfli und Michael Sutter geleitet. Die weiteren Mitglieder des WAS waren: Kathrin Balmer, Kevin Bomhardt, Adrian Durtschi, Dominik Fitze (später ersetzt durch Oliver Dreyer), Leyla Gül, Sarah Kämpf, Szabolcs Mihalyi, Meret Schindler, Zora Schindler, Laura Schmid (später ersetzt durch Lena Sorg), Edith Siegenthaler, Willi Zahnd und Simon Zurbrügg.

Der WAS nahm seine Arbeit am 12. November 2011 mit einer Retraite auf und traf sich danach jeweils monatlich. Innerhalb des WAS wurden drei Arbeitsgruppen gebildet: AG Aktionen (Planung und Umsetzung von Aktionen), AG Wahlbroschüre (Konzeptionierung der Wahlbroschüre) und AG Online (Erarbeitung eines Konzepts für den Online-Wahlkampf und Gestaltung der Wahl-Homepage).

Die Wahlziele

Für die Gemeindewahlen 2012 hat sich die SP folgende Wahlziele gesetzt:

- *Die SP gewinnt 2 Sitze im Stadtrat (= 22 Sitze) dazu und vergrössert ihren WählerInnenanteil auf 27%. Die JUSO holt mit einer eigenen Liste 2 Sitze.*
Mit drei Sitzgewinnen (23 Sitze) hat die SP dieses Ziel übertroffen, ihr Stimmenanteil lag bei 26.8%, zusammen mit der JUSO sogar bei 27.9%. Die JUSO verpasste leider sehr knapp einen eigenen Sitz.
- *RotGrünMitte hat sowohl im Gemeinderat als auch im Stadtrat die Mehrheit.*
Mit dem besten Resultat seit der Gründung von RGM konnte die Mehrheit im Gemeinderat klar verteidigt werden. Im Stadtrat gewannen die drei RGM-Parteien zwei Sitze hinzu und konnten ihre Mehrheit halten.
- *Alex Tschäppät und Ursula Wyss werden als Gemeinderat bzw. Gemeinderätin gewählt und Alex Tschäppät wird als Stadtpräsident bestätigt.*
Mit 69.9% machte Alex Tschäppät bei der Wahl zum Stadtpräsidenten ein Glanzresultat. Ursula Wyss landete bei den Gemeinderatswahlen auf Anhieb auf dem ersten Platz, gefolgt von Alex Tschäppät.



Das lange Warten auf die Wahlergebnisse. Bild: Michael Arn

Die Wahlkampagne

Nicht nur der **Slogan** „Stadt für alle statt für wenige“ wurde von der Nationalratskampagne 2011 abgeleitet, auch der gesamte grafische Auftritt lehnte sich stark am Erscheinungsbild der SP Schweiz an. Auf die Unterstützung durch ein Kampagnenbüro wurde daher verzichtet; die Gestaltung der Printprodukte erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Grafikern des Atelier Bläuer.

Als **Wahlmaterial** stellte die SP den Kandidierenden Postkarten und den Sektionen einheitlich gestaltete Flyer zum Verteilen zur Verfügung. Von diesen Angeboten wurde rege Gebrauch gemacht und das Echo darauf war sehr positiv.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Kampagne wurden in der **Wahlplattform** festgehalten, welche am 14. Mai 2012 von der DV verabschiedet wurde. Die beiden Hauptthemen für den Wahlkampf waren Wohnen/Lebensqualität und soziale Stadt/Bildung. Gemeinsam mit andern Parteien und Organisationen hat die SP im Mai die Initiative „Für bezahlbaren Wohnungen“ (Wohn-Initiative) lanciert. Mit der Forderung nach mehr preisgünstigem Wohnraum hat die SP ein dringendes Bedürfnis der Bevölkerung in den Mittelpunkt der Wahlkampagne gestellt.



Bild: Simon Zurbrügg

Die **Aktionen** der Wahlkampagne fanden in zwei Phasen statt: Im Sommer wurden insbesondere vor den Stadtberner Freibädern Ballone verteilt und Unterschriften für die Wohninitiative gesammelt; in der Schlussphase des Wahlkampfs im November verteilten die Kandidierenden bei sechs Aktionen am Bahnhof Postkarten, Kugelschreiber und Rosen. Daneben führten die Sektionen ihrerseits zahlreiche eigene Aktionen durch und die Kandidierenden der SP beteiligten sich auch an den Aktionen von RGM.

Das Ziel der SP, im Wahljahr sichtbar und einheitlich aufzutreten, wurde im grossen und ganzen erreicht.

Die Wahlergebnisse

Stadtratswahlen

	%	%	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
	1984	1988	1992	1992	1996	1996	2000	2000	2004	2004	2008	2008	2012	2012
SP	27.1	23.5	27.4	23	32.8	28	34.1	28	29.1	24	24.6	20	26.8	23
JUSO													1.1	0
GFL (inkl. LDU)	7.9	8.2	8.7	7	7.8	7	5.9	5	11.6	10	10.9	9	9.4	8
GB	4.8	7.3	6.6	6	8.1	6	6.9	6	9.3	8	8.9	8	10.4	9
JA!			1.3	1	2.4	2	2.6	2	2.6	2	3.2	2	2.1	1
GPB-DA	3.3	2.9	3.2	2	1.3	1	1.5	1	1.8	1				
EVP			3.5	3	3.3	2	3.0	2						
RGM			50.7	42	55.7	46	54.0	44	54.3	45	47.6	39	49.9	41
EVP	4.5	3.3							3.6	2	2.7	2		
PdA			0.6	0					1.6	1	1.6	1	1.0	1
GPB-DA											2.39	2	1.8	1
AL													1.5	1
FDP	20.7	20.3	16.3	14	16.0	14	18.7	17	16.1	14	10.9	9	9.0	8
Jungfreisinn			2.0	1	1.8	1	2.0	1	2.0	1	1.2	1	1.0	
SVP/Jsvp	9.2	9.9	9.3	8	9.4	8	13.6	11	12.9	10	9.2	8	11.1	10
CVP	5.6	5.1	4.0	3	3.4	2	3.8	3	3.9	3	3.6	3		
Die Lib.soiz.											1.0	0		
Bürgerliche	35.5	35.3	31.6	26	30.6	25	38.1	32	34.9	28	25.9	21	21.1	18
BDP											7.9	6	7.8	7
Die Mitte											1.0	1		
Grünliberale											5.2	4	8.1	7
CVP													2.8	2
EVP													3.1	2
Mitte											14.0	11	24.7	18
SD	10.9	7.9	5.8	4	5.7	4	3.1	3	2.8	2	1.2	1	0.9	0
EDU	1.1	1.3	1.9	1	1.8	1	1.7	0	1.3	1	1.3	1	1.2	0
ARP			2.3	2	2.2	2	1.7	1	1.4	1	0.6	0		
FPS		5.4	6.9	5	3.2	2	0.8	0						
Bürger P.					0.6	0	0.3	0						
Jimmy Hofer											2.8	2		
Rechte	12.0	14.6	16.9	12	13.5	9	7.7	4	5.5	4	5.8	4	2.1	0
Piraten													0.7	0

Bei den Stadtratswahlen konnten die RGM-Parteien zwei Sitze dazugewinnen, das rot-grüne Lager sogar deren drei. Neben der SP, die drei Sitze gewonnen hat, gehören auch die Grünliberalen mit ebenfalls drei Sitzgewinnen zu den Wahlsiegern. Klar verloren hat das rechtsbürgerliche Lager: Zwar konnte die SVP die beiden Sitze der kleinen Rechtsparteien erben, FDP und Jungfreisinnige verloren jedoch zwei Sitze. Die kleinen Linksparteien konnten ihre drei Sitze halten, dabei verlor die GPB ihren zweiten Sitz an die erstmals angetretene Alternative Linke.

Die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat haben sich damit kaum geändert. Mit 41 Sitzen verfügen die RGM-Parteien nun auch ohne EVP oder kleine Linksparteien wieder über eine absolute Mehrheit, während die beiden bürgerlichen Blöcke auf jeweils 18 Sitze kommen.

Stadtpräsidium

	Total		Zählkreis					
	absolut	in %	1	2	3	4	5	6
Alexander Tschäppät	17628	69.9 %	3596	2139	2827	3647	3192	2227
Beat Schori	4235	16.8 %	550	357	521	984	633	1190
Alexandre Schmidt	3347	13.8 %	608	352	466	943	489	489
Total Kandidatenstimmen	25210		4754	2848	3814	5574	4314	3906

Mit fast 70% hat Alex Tschäppät ein sensationelles Resultat erzielt. Mit den wenig profilierten Kandidaten des „Bürgerlichen Bündnis“ und den Querelen um eine Kandidatur der „Mitte-Liste“ haben sich die beiden bürgerlichen Blöcke schon früh selbst aus dem Rennen genommen.

Gemeinderatswahlen

	1992	1996	2000	2004	2008	2012
	In %	In %	In %	In %	In %	In %
RGM	48.88	55.49	54.23	49.20	56.3	59.0
Bürgerliche	38.49	37.6	43.15	33.62	33.2	22.8
Mitte-Liste						18.2
Andere (Rechte)	12.62	6.44	2.4		4.9	
Andere (Linke)		0.46		2.17		
Begert				13.04		
Hügli					5.6	

Die RGM-Liste konnte ihr bislang bestes Ergebnis von 2008 nochmals um drei Prozent steigern und kam damit fast in Reichweite eines vierten Sitzes. Die „Mitte-Liste“, welche mit dem Ziel angetreten war, zwei Sitze zu holen, landete schliesslich noch hinter dem „Bürgerlichen Bündnis“ auf dem dritten Platz. Weder thematisch noch mit ihren KandidatInnen boten die beiden bürgerlichen Blöcke valable Alternativen zur starken Liste von RotGrünMitte.

Michael Sutter, Co-Leiter Wahlausschuss

4. Bericht der städtischen SP-Grossrätinnen und Grossräte

Vorbemerkung: Erika Siegenthaler (SVP) wechselte 1997 vom Stadtrat in den Grossen Rat. Sie veranlasste den Kanton per Motion, die 1989 von der Stadt Bern angenommene Initiative der SP, die „Pendlerinitiative“, zu kassieren (!). Dölf Barben hat im „Bund“ ein solches Vorgehen als „ERIKA-Prinzip“ bezeichnet. In diesem Bericht wird jeder Vorgang, bei dem der Grosse Rat (GR) die Stadt einseitig benachteiligt, mit ERIKA 1, ERIKA 2, usw. bezeichnet.

Januarsession 2012

ERIKA 1: Postulat Imboden (Grüne): „**Wohnraum vergünstigen dank Neuregelung der Parkplatzerstellungspflicht**“. Mit diesem Vorstoss wurde versucht, einen Teil der abservierten Pendlerinitiative (siehe oben) wiederherzustellen. Es ging also darum, wieder eine Flexibilität der Parkplatz-Erstellungspflicht (gegen unten!) für autoärmere Gebiete wie die Stadt Bern zu erwirken. Die Regierung ging damit einig, SVP, FDP und BDP waren indessen einstimmig dagegen. Das Postulat musste (leider!) zurückgezogen werden.

Behandelt wurde auch ein Paket von vier Motionen zum Thema **Sportveranstaltungen/Polizei/Hooliganismus**. Eine davon stammte von Peter Siegenthaler (SP) und Christine Häsler (Grüne). Peter Siegenthaler ist Polizeidirektor von Thun. Punkt 2 dieser Motion wäre für die Städte interessant gewesen: „Der Veranstalter ist im Grundsatz für den Sicherheitsaufwand kostenpflichtig“. Ergebnis der Abstimmung im Grossen Rat: Es wurden alle vier Motionen überwiesen - mit Ausnahme des Punktes 2 der Motion Siegenthaler.

Märzsession 2012

ERIKA 2: Vorentscheid in der **Standortfrage der Fachhochschule Bern**: Die Planungserklärung Nr. 3: „Burgdorf bleibt Standort der Berner Fachhochschule“ wurde angenommen. Nachdem vorher beschlossen wurde, ein grosser Teil der FH (Technik und Informatik) sei nach Biel zu verlegen, konnte dieser Entscheid nur gegen die Stadt Bern gerichtet sein. Vgl. dazu „Bund“ vom 22.03.2012: „Fachhochschul-Kompromiss auf Kosten Berns“.

Bei der Änderung des **Volksschulgesetzes** (VSG) war das wichtigste Ergebnis die (für Gemeinden freiwillige) Einführung der Basisstufe, mit einer Sonderregelung für Landgemeinden. Letztere gegen den Willen der SP. Immerhin ging auch der zweijährige Kindergarten für alle Kinder und ebenfalls die Schulsozialarbeit durch.

Optimierung der **Förderung von Gemeindezusammenschlüssen** (Änderung Kantonsverfassung und Gemeindegesetz): Gegen den Widerstand der SVP wurde beschlossen, dass Gemeinden in bestimmten Fällen zu einer Fusion gezwungen werden können.

Beim **Konzessionsgesuch für ein Kleinwasserkraftwerk am Sousbach** schlug die Regierung eine Lösung vor, die von Axpo/ARGE Kleinkraftwerk Sousbach stammte. Die Axpo ist deshalb dort eingestiegen, weil die BKW die Zusammenarbeit mit den einheimischen Kraftwerksbetreibern ursprünglich verweigerte. Das hinderte

einen Oberländer SVP-Grossrat aber nicht daran, einen Antrag zu stellen, dass die Konzession dem unterdessen eingereichten Gesuch der BKW zu erteilen sei. Regierung und Umweltverbände waren sich einig, dass das Axpo-Projekt, nach wirtschaftlichen und ökologischen Kriterien beurteilt, besser war. Gegen den Widerstand der SP erhielt dennoch die BKW den Zuschlag. Das ist wirtschaftlicher Heimatschutz in Reinkultur.

Junisession 2012

ERIKA 3: Motion SVP/EDU: „Mit dem **Rückbau der Halenstrasse** zuwarten“. Einer der Mit-Motionäre war Thomas Fuchs (SVP) als „Stadt-Vertreter“. Die Motion wurde zum Glück abgelehnt. Die Sperrung der Halenstrasse wurde vor Jahren gleichzeitig mit dem Bau des Neufeldtunnels in einer städtischen Volksabstimmung angenommen. In mehreren Anläufen versuchten die Bürgerlichen auf der Ebene des Grossen Rates, diesen Entscheid umzustossen. Der vorliegende Versuch ist der bislang letzte.

Beim **Gesetz über das Prostitutionsgewerbe** (PGG) wurden die Anträge von Rechtsaussen (SVP/EDU) allesamt abgelehnt, so dass das Gesetz für die SP einigermassen akzeptabel erscheint.

Septembersession 2012

ERIKA 4: Motion Moritz Müller (SVP): „**Faire Stimmkraft der Gemeinden in der Regionalkonferenz**“. Darin wird die Reduktion der Stimmkraft auf maximal 15 Stimmen verlangt. Das kann nur gegen die Stadt Bern gerichtet sein, da Bern mit 43 Stimmen als einzige Gemeinde den Wert 15 übertrifft. Die Faktenlage war derart erdrückend, dass der Vorstoss zurückgezogen wurde. Die Stadt hatte nämlich bislang wegen ihrer Stimmkraft in der Regionalkonferenz kein einziges Mal ein Geschäft zu ihren Gunsten entschieden. Vgl. dazu „Bund“ vom 21.08.2012 „Bowiler will Einfluss Berns schmälern“.

Der Grosse Rat lehnt die **Initiative „Bern erneuerbar“** ab, welche die SP hätte annehmen wollen und nimmt gegen heftigen Widerstand der SVP den Gegenvorschlag an.

Die Konzession für die **Erhöhung der Grimselstaumauer** wurde von der SP aufgrund eines früheren Beschlusses der kantonalen DV nicht mehr bestritten. Resultat der Abstimmung im Grossen Rat: 139 ja zu 14 nein bei 2 Enthaltungen. Trotzdem stimmten einige aus der SP, vor allem StadtbernerInnen, dagegen.

Bei den beiden **Autobahnzubringern Emmental und Oberaargau** ging es um ein paar Millionen für jeweils ein Vorprojekt. Die SP war gespalten: Eine (knappe) Mehrheit stimmte dafür, der Rest (vor allem StadtbernerInnen) waren dagegen.

Bei der Wahl eines neuen **Staatsschreibers** wurde als Nachfolger unseres Genossen Kurt Nuspliger der parteilose Christoph Auer gewählt.

Novembersession 2012

ERIKA 5: In der **Budgetdebatte** musste ein kurzfristig eingetretenes Defizit von CHF 110 Mio. beseitigt werden. Grund dafür war die Abstimmung vom September, die eine massive Reduktion der Motorfahrzeugsteuer zur Folge hatte. Die Bürgerlichen retteten nur einen der vielen Sparposten: Die Schülertransporte, die von ihrer Natur her nur ländliche Gebiete betreffen. Bei der Sparrunde beim ÖV hatte die Regierung eine „Opfersymmetrie“ zwischen Stadt und Land hergestellt. Der SVP-Grossrat Augstburger hatte die Frechheit zu fordern, auf das Sparen beim Land-ÖV sei ganz verzichten, dafür sei der Stadt-ÖV doppelt zur Kasse zu bitten (konkret eine noch wesentlich stärkere Verlängerung der Tram-Intervalle). Das war selbst einigen Bürgerlichen zu viel. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die **Wahlen in die Finanzkommission** wären beinahe gescheitert: Die SVP und die BDP erklärten, sie würden unseren Parteipräsidenten Roland Näf und die Grüne Nathalie Imboden nicht wählen. Das war eine Retourkutsche für eine zurückliegende Nichtwahl von Sabina Geissbühler (SVP), welche damals auf Widerstand seitens der SP gestossen war. Dank der FDP gelang trotzdem eine knappe Wahl der beiden.

Ganz am Schluss der Session verursachten die Bürgerlichen noch einen Jura-Eklat. Vor gelichteten Reihen (leider auch der SP) wurde eine SVP-Motion knapp angenommen, die den Jurakompromiss „bodigen“ will, um den vorher viele Jahre lang gerungen wurde. Die Juradelegation stimmte (mit Ausnahme der SVP-VertreterInnen) grossmehrheitlich gegen diese Motion. Ergebnis: ein Patt, das noch zu beissen geben wird.

Res Hofmann, Grossrat

5. Gemeindeabstimmungen

11. März

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Beteiligung ewb an der Aufwertung der KWO-Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1	Ja	Ja (94.9%)

17. Juni

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Zonenplan Warmbächliweg-Güterstrasse	Ja	Ja (85.8%)
Überbauungsordnung Stöckacker Süd	Ja	Ja (80.8%)
Nutzungszonenplan Allmenden	Ja	Ja (75.3%)

23. September

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Teilrevision des Personalreglements der Stadt Bern und die Teilrevision des Entschädigungsreglements des Gemeinderats - Aufhebung der Lohnobergrenze von 200'000 Franken	Ja	Nein (55.5%)
Entwicklung Perimeter ZPP Warmbächliweg-Güterstrasse	Ja	Ja (85.1%)
Kredit Stöckacker Süd	Ja	Ja (75.8%)
Zonenplan Fellerstrasse 21	Ja	Ja (89.2%)
Gesamtkredit Sanierung Marktgasse	Ja	Ja (84.2%)
Agglomerationskommission: Umwandlung in eine ständige Kommission	Ja	Ja (71.5%)
Zuständigkeit Behördenreferenden und -initiativen in der Regionalkonferenz	Ja	Ja (74.7%)

25. November

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Produktgruppen-Budget der Stadt Bern 2013	Ja	Ja (69.3%)

6. Mitgliederentwicklung

Stichtag: 31.12.2012

Sektion	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Diff. 10/11	Dele- gierte
Altstadt- Kirchenfeld	196	202	206	207	195	182	182	183	193	193	-	10
Bümpliz / Bethlehem	260	259	238	243	228	220	219	205	211	208	-3	11
Holligen	70	67	69	65	70	73	72	63	72	73	1	4
Länggasse- Felsenau	203	209	214	213	216	220	188	171	187	173	-14	9
Nord	268	291	293	291	271	256	259	251	245	237	-8	13
Ost	189	189	197	192	189	171	167	148	163	179	16	9
Süd	168	167	161	161	163	158	164	168	183	181	-2	10
Einzelmit- glieder	2	20	20	16	14	12	11	9	7	6	-1	-
Romand ¹⁾	18											
Total	1374	1404	1398	1388	1346	1292	1262	1198	1261	1250	-11	65

1) Aufgelöst 2004

7. Jahresrechnung

Bilanz per 31. Dezember 2012

Aktiven	124'865.31
Postkonto	28'014.11
E-Depositenkonto	56'513.95
Debitoren VST	232.60
Debitoren Sektionen	-
Debitoren andere	22'035.00
Transitorische Aktiven	18'069.65
Passiven	161'809.41
Kreditoren	0.00
Kreditoren automatisch	37'141.30
Transitorische Passiven	0.00
Darlehen	0.00
Wahlfonds	14'178.00
Info-fonds	5'486.45
Fonds politische Rechte	10'557.20
Gewinnvortrag 01.01.2012	75'974.41
Verlust 31.12.2012	18'472.05
Gewinnvortrag 31.12.2012	57'502.36

8. Gewinn- und Verlustrechnung

1.1.-31.12.2012

	Rechnung 11	Budget 12	Rechnung 12
Total Aufwand	145334.20	232600.00	308599.05
Wahlen	500.00	129000.00	221333.85
- Einlage Wahlfonds	30250.00	0.00	0.00
Kampagnen	23909.20	7500.00	4800.00
Information	8301.60	13500.00	8991.40
- Mitgliederzeitung	6182.00	9000.00	6141.65
- PR / Inserate	0.00	500.00	0.00
- Internet	1106.95	3000.00	1811.80
- Publikationen/Broschüren	1012.65	1000.00	1037.95
Bildung, Kultur	300.00	2000.00	180.00
Aktionen, Veranstaltungen	1055.10	2000.00	1549.95
- Mitgliederwerbung	0.00	0.00	0.00
- JUSO	0.00	0.00	0.00
Frauenprojekte	0.00	0.00	0.00
Kredit GL	1231.40	2000.00	2432.65
Beitrag SP Kanton	67916.00	61000.00	59025.00
Administration	2643.55	4500.00	4918.55
Saalmieten	5247.35	5000.00	3967.65
Beiträge / Spenden	3680.00	5800.00	1100.00
- JUSO	2500.00	2500.00	100.00
- RGM	0.00	1000.00	0.00
- diverse	1180.00	2300.00	1000.00
Einlage Fonds pol.Rechte	300.00	300.00	300.00
Diverses / Steuern	0.00	0.00	0.00
Finanzierung Schulden	0.00	0.00	0.00
Total Ertrag	148349.51	210900.00	290127.00
Sonderfinanzierung Wahlen	0.00	0.00	0.00
Mitgliederbeiträge	104386.00	113000.00	111942.00
Mandatsteuern	26022.50	21000.00	19550.00
Ertrag Stadt Blatt	0.00	0.00	0.00
Zinsertrag	869.91	200.00	709.35
Entnahme Wahlfonds	0.00	72000.00	72000.00
Spenden	516.00	1000.00	0.00
Beiträge Kampagnen	14135.00	200.00	0.00
Diverse Erträge	2420.10	3500.00	0.00
Wahlfinanzierung	0.00	0.00	85925.65
Materialverkauf	0.00	0.00	0.00
Auflösung Reserven und Vermögen	0.00	0.00	0.00
Erfolg	3015.31	-21700.00	-18472.05

9. Berichte der Arbeitsgruppen

9.1 Arbeitsgruppe Sozialpolitik

Die AG Sozialpolitik hat sich im vergangenen Jahr zu sieben Sitzungen getroffen. Die Gruppe ist gut durchmischt und zählt aktuell 10 Mitglieder, darunter zwei Stadträtinnen sowie ein SP-Vertreter in der Sozialhilfekommission der Stadt Bern.

Im Zentrum der Aktivitäten stand zunächst die Vorbereitung und Durchführung eines Workshops zum Thema Sozialpolitik, der sich an die Kandidierenden für den Stadt- und Gemeinderat richtete. Das Ziel des Workshops war, die Kandidierenden für sozialpolitische Fragestellungen zu sensibilisieren und Impulse im Hinblick auf die nächste Legislatur zu geben. Der Workshop, an dem rund 30 Personen teilnahmen, fand am 23. Juni 2012 statt. Nach einleitenden Referaten von Edith Olibet, Sozialdirektorin der Stadt Bern und Beat Baumann, Dozent für Sozialpolitik an der Hochschule Luzern, diskutierten die Teilnehmenden in vier Arbeitsgruppen unterschiedliche Schwerpunktthemen.

Die Ergebnisse aus dem Workshop wurden von der AG Sozialpolitik dokumentiert und aufgearbeitet. Sie sind in ein Grundsatzpapier „Soziale Stadt für alle“ eingeflossen. Dieses wird jetzt noch redaktionell überarbeitet und soll in der ersten Hälfte des nächsten Jahres zu Händen der Parteigremien vorliegen. Es bietet Orientierungspunkte für die Sozialpolitik in der Stadt Bern und kann als Leitlinie für die Legislaturperiode 2013 – 2016 dienen.

Im Hinblick auf die Stadt- und Gemeinderatswahlen 2012 hat die AG Sozialpolitik wichtige politische Positionen der SP zur Sozialpolitik formuliert, welche als Schwerpunkte in die Wahlplattform aufgenommen worden sind.

Im Oktober hat die AG Sozialpolitik die SP-Gemeinderatskandidatin Ursula Wyss zu einem Gespräch empfangen. Es ergab sich ein angeregter Austausch zu aktuellen Themen der Sozialpolitik in der Stadt Bern.

Weitere Themen, mit denen sich die Arbeitsgruppe 2012 beschäftigt hat, waren:

- Information und Diskussion zu aktuellen Themen aus dem Stadtrat (u.a. Primano, Betreuungsgutscheine, Arbeitsintegration) sowie aus Fachveranstaltungen.
- Information über die Aktivitäten der städtischen Sozialhilfekommission

Die Mitglieder der AG Sozialpolitik sind: Christof Berger, Res Bürki, Martina Eggenchwiler, Veronika Keller, Miriam Schwarz (Stadträtin, Kontakt GL), Silvia Schoch-Meyer (Stadträtin, Co-Präsidentin der AG), Markus Troxler, Gülistan Ucur, Matthias von Bergen (Co-Präsident der AG), Gerhard Wehrli, Martin Wild-Näf (Mitglied Sozialhilfekommission).

Für die AG Sozialpolitik: Matthias von Bergen, Co-Präsident

9.2 Arbeitsgruppe Sport

Nachdem David Stampfli Ende 2011 vom Amt des Präsidenten der AG Sport zurückgetreten ist, war die AG-Sport zu Beginn des Jahres nicht aktiv tätig. Auf Anfrage von David habe ich das Amt des Präsidenten im Frühling übernommen.

In diesem ereignisreichen Wahljahr hat sich die AG Sport zwei Mal getroffen. Ende April traf sich die AG Sport unter neuer Führung zur ersten Sitzung im Jahr 2012. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe entschieden sich, die bisherige Arbeitsweise der Arbeitsgruppe beizubehalten.

Die zweite Sitzung fand am 19. September statt. Bei dieser Gelegenheit durfte die Arbeitsgruppe Lukas Meier als neues Mitglied begrüßen. Durch seine Tätigkeit als Fanarbeiter bei YB und als Geschäftsführer des Vereins FARE bringt Lukas bereits einen grossen Erfahrungsschatz im Bereich Sport mit.

Zur grossen Freude der Arbeitsgruppe wurde das Postulat von Beat Zobrist "Mit Lehrschwimmbecken Nutzung der Wasserfläche optimieren" vom Gemeinderat positiv beantwortet.

Für die Stadtratswahlen haben die Kandidierenden der AG Sport ein Positionspapier erarbeitet, welches an die Berner Sportvereine verschickt wurde.

Inhaltlich beschäftigte sich die AG Sport im 2012 mit folgenden Themen:

- Der vom Gemeinderat vorgeschlagene Standort für die neue Schwimmhalle im Marzili stiess innerhalb der AG Sport auf Zustimmung. Es muss aber sichergestellt werden, dass die Schwimmhalle gut an den öffentlichen Verkehr angebunden wird.
- Die AG Sport lehnt das von der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) vorgeschlagene neue Hooligan-Konkordat vollumfänglich ab.
- In der Stadt Bern gibt es einen akuten Mangel an Fussballfeldern. Die Nachfrage kann bei weitem nicht gedeckt werden. Auch bei der Infrastruktur (Gardero-ben/Duschen) der meisten hiesigen Fussballvereine gibt es ein grosses Verbesserungspotenzial.
- Das Projekt "Midnight Sports" ist ein vorbildliches Beispiel, wie man den Breitensport sinnvoll fördern kann. Es gibt Jugendlichen die Möglichkeit, in einer Turnhalle ihres Quartiers abends unentgeltlich Sport zu treiben. David Stampfli hat im Stadtrat einen Vorstoss zum Ausbau des Angebots eingereicht.

Die Stadtratswahlen verliefen aus Sicht der AG Sport sehr erfreulich. Neben dem wiedergewählten David Stampfli schaffte auch Lukas Meier den Sprung in den Stadtrat. Somit ist die Arbeitsgruppe nach dem Rücktritt von Beat Zobrist wieder mit zwei Mitgliedern im Stadtrat vertreten.

Für die AG Sport: Kevin Bomhardt, Präsident

9.3 Arbeitsgruppe Sicherheit

Wie bereits im Vorjahr arbeitete die AG Sicherheit auch 2012 ohne konkrete Aufträge der Geschäftsleitung. Stattdessen wurden an vier Sitzungen der Arbeitsgruppe die Themen Nachtleben sowie Reitschule/Schützenmatt intensiv diskutiert und u.a. ein *Factsheet städtische Sicherheitspolitik* (insbesondere für die Stadtratskandidierenden) erarbeitet. Darin haben wir Themen, Positionen/Fakten und unsere dazugehörigen Forderungen festgehalten:

- Police Bern: Mit der Kantonalisierung der Polizei haben sich die städtischen Einflussmöglichkeiten massiv verkleinert: Wir fordern hier, dass auf städtischer Ebene endlich die öffentliche/parlamentarische Kontrolle der Polizei eingeführt wird. Eine Revision des Ressourcenvertrages hat zudem eine breitere Mitwirkung, insbesondere im polizeitaktischen Bereich, vorzusehen.
- Kundgebungen: Demonstrationen werden immer öfter aufgelöst respektive 'beruhigt', indem TeilnehmerInnen festgenommen und in den Festhalteraum Neufeld gebracht werden. Dies oft, ohne dass strafbare Handlungen vorliegen oder eine Anklage erfolgen würde. Wir möchten hier u.a. unabhängige BeobachterInnen vor Ort, sowohl beim Transport wie auch im Festhalteraum Neufeld.
- Sport- und Grossanlässe: YB und SCB zahlen der Stadt heute je 60'000 Franken/Jahr für die Sicherheitsaufwendungen: Das deckt nur einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten. Die Vereinbarungen mit YB und SCB müssen u.E. neu ausgehandelt werden. Die vom Bundesgericht festgelegte Kostenbeteiligung von bis zu 80% ist auszuschöpfen.
- Videoüberwachung/öffentlicher Raum: Wir erachten eine Regulierung der Überwachung von Gebäuden und Anlagen in privatem Besitz, die aber der Öffentlichkeit zugänglich sind, als genauso wichtig wie die Regelung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum gemäss Polizeigesetz.
- Öffentliche Räume dürfen nicht so bewirtschaftet werden, dass sie andere Nutzungsarten und Gruppen ausgrenzen.
- Reitschule und Nachtleben: Es liegt im Eigeninteresse der Reitschule, ein Sicherheitskonzept zu haben und dieses auch durchzusetzen. Je besser die Reitschule die Regeln selbst durchsetzt, desto weniger muss die Polizei eingreifen. Wir sehen es als notwendig an, den Grossraum Schützenmatte aufzuwerten. Die Parkplatzwüste muss verschwinden und die Fläche an bester Lage sinnvoll und menschenfreundlich genutzt werden.

Für nächstes Jahr ist eine Begehung der Schützenmatte geplant, um die dortigen Probleme zu analysieren und gestützt darauf Lösungsvorschläge vorzustellen.

Die Mitglieder der AG Sicherheit sind: Giovanna Battagliero, Yasemin Cevik, Leyla Gül, Martin Krebs, Christian Jungen, Peter Mösch, Stefan Müller und Pia Neuhaus. Wir arbeiten mit rotierender Leitung und rotierendem Protokoll.

Für die AG Sicherheit: Stefan Müller und Yasemin Cevik

9.4 Arbeitsgruppe Kultur

Themen, die Bern im Jahr 2012 kulturpolitisch beschäftigt haben, sind insbesondere das Nachtleben, die neue Stiftung Konzert Theater Bern und die Neubesetzung der Leitung Dampfzentrale.

Das Thema „Nachtleben und Clubsterben Bern“ kam 2011 durch die Schliessung von Clubs und die Einreichung einer Petition des überparteilichen Komitees „Pro Nachtleben Bern“ mit über 11'000 Unterschriften auf die politische Agenda. Der Stadtrat hatte zwei Motionen überwiesen, die ein „Nachtleben-Konzept“ verlangten; in der Sache ging es jedoch kaum vorwärts. 2012 fanden mehrere Sitzungen des Komitees mit Gemeinderat Nause statt. Am 3. Juni 2012 fand der alljährliche Anlass *Tanz dich frei* (ehemals *Reclaim the streets*) statt, bei dem in der Innenstadt über 10'000 junge Menschen für mehr Freiräume auf die Strasse gingen. Es war die grösste Jugendkundgebung seit den 80er Jahren und sie erhöhte den Druck in der Nachtlebenproblematik. Im Herbst präsentierte der Gemeinderat schliesslich sein Nachtleben-Konzept. Die SP nahm an der Vernehmlassung teil und begrüsst das Konzept grundsätzlich, kritisierte jedoch die zu starke Gewichtung von Sicherheits- und Litteringfragen und den zu geringen Einbezug der Kultur und der Jugendpolitik. Patrizia Mordini wirkte in der ad-hoc Arbeitsgruppe mit, welche die Vernehmlassungsantwort der SP Stadt Bern an mehreren Sitzungen vorbereitet hatte.

2011 hatte sich die AG Kultur mit dem Wandel des Stadttheaters befasst. Die neue Institution Konzert Theater Bern, die zur Theater- und Konzertsaison 2011/12 aus der Zusammenführung von Stadttheater und Berner Symphonieorchester hervorgegangen ist, hat sich am 1. Juli 2011 konstituiert und ihr erstes Geschäftsjahr 2011/12 mit einem positiven Resultat abgeschlossen. Als Direktor der Stiftung Konzert Theater Bern wurde Stephan Märki eingesetzt und als Stiftungspräsident Benedikt Weibel. Zur Saison 2012/2013 präsentierte das Konzert Theater Bern erstmals einen gemeinsam gestalteten Spielplan. Die neue Form ist aufgegleist und scheint auf guten Wegen. Für die Finanzierung der bevorstehenden Sanierung des Stadttheaters, bei der mit Kosten von 45 Millionen Franken gerechnet wird, werden auch die Beiträge der Agglomerationsgemeinden und des Kantons ein Thema sein. Die AG Kultur wird diese Diskussion aufmerksam mitverfolgen.

Auch der Kulturbetrieb Dampfzentrale Bern stand 2012 im Fokus der Medien. Die designierte Leiterin gab kurz nach der Wahl Ende 2011 ihren Rücktritt bekannt. Die Dampfzentrale wurde deshalb 2012 während neun Monaten durch den Vorstand geleitet. Aus diesem Grund konnte das Festival TANZ IN. BERN nicht wie gewohnt stattfinden, sondern wurde als internationale Tanzreihe in reduzierter Form durchgeführt. In der Folge forderten SVP und FDP im Stadtrat sofort eine Kürzung der Gelder, dieser Forderung kam der Stadtrat jedoch auch dank der SP nicht nach. Eine allfällige Rückforderung liegt jedoch ohnehin im Ermessen des Gemeinderates. Nach einer zweiten Ausschreibung konnte Georg Weinand im Sommer als neuer Leiter der Dampfzentrale gewonnen werden.

Das Engagement der beiden Co-Präsidentinnen Patrizia Mordini und Nicola von Greyerz im Vorstand der Dampfzentrale hat aus dem genannten Grund zusätzliche Ressourcen gebunden. Im nächsten Jahr soll die AG Kultur wieder aktiver wirken.

Für die AG Kultur: Patrizia Mordini, Co-Präsidentin

9.5 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr

2012 tagte die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Felix Hauser und Gisela Vollmer sechs Mal. Die Spurgruppe Wohnen leitete Elsi Meyer, die auf Ende 2012 von dieser Funktion zurücktritt. Wir danken ihr an dieser Stelle für ihr langjähriges, intensives Engagement.

Tagung «Oststadt»

Am 3. März 2012 führte die AG Stadtentwicklung eine Tagung zum Thema **«Oststadt ... Stadt statt Autobahn!»** durch. Neben den Vorträgen zur regionalen Verkehrs- und Siedlungsentwicklung im Raum Wankdorf – Ostring (ReferentInnen: Sabine Schärler, Ueli Weber, Christian Zahler und Alexander Tschäppät), waren die TagungsteilnehmerInnen beeindruckt vom Referat und vom Film von Raphael Frei, poolarchitekten Zürich. Das Architekturbüro ist Teil der unabhängigen Architektengruppe 'Krokodil', welche für die Glattalstadt erste Entwürfe erarbeitet hat. Die AG hat aus den Ergebnissen der Tagung ein Thesenpapier entwickelt. Unsere drei Hauptforderungen: Bestandesaufnahmen im Perimeter, Partizipation auf interkommunaler Ebene initiieren, in einem Masterplan Sofortmassnahmen und Zwischenlösungen erarbeiten, Endausbau und Bauphase darlegen. An diesem Papier werden wir weiter arbeiten.



Die Mitwirkungen zum Teilverkehrsplan MIV und zum Quartierplan Stadtteil IV waren ein weiteres wichtiges Thema. Neben den Mitwirkungen hat sich die AG auch mit folgenden Themen auseinandergesetzt: RGM-Wohninitiativen, Denkmalpflegekonzept, Konzept zum Nachtleben, ZBB - Entwicklung Bahnhof Bern, Hochwasserschutz, Gleisanlagen im Breitenrain, Bärenpark, Planung Marzili/Sandrain. Informiert wurde mehrmals über das Quartierteilzentrum Loryplatz.

Zu den an einzelne Sitzungen eingeladenen Gästen gehörten: Roland Flückiger, Jean-Daniel Gross, Laszlo Litzko, Hugo Staub und Marc Werren.

Mitwirkungen 2012 der AG Stadtentwicklung

Zu Händen von Partei- und Geschäftsleitung wurden folgende Mitwirkungen vorbereitet:

- Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Vorprojekt Tram Region Bern: Grundsätzliche Zustimmung, Forderung nach stärkerer Berücksichtigung des Langsamverkehrs.
- Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zur Zweckmässigkeitsbeurteilung ZMB Zweite Tramachse Innenstadt: Grundsätzliche Zustimmung zur vorgeschlagenen Variante, Forderung nach tragfähigen Lösungen für die vom Projekt beeinträchtigten Verbindungsachsen des Veloverkehrs und Überprüfung von Lage, Anordnung und Erreichbarkeit der Haltestellen an der neuen Linienführung.
- Mitwirkung zum öV-Angebotskonzept 2014–2017: Zustimmung zum Vorgehen, diverse Detailanträge.
- Mitwirkung zum Teilverkehrsplan MIV Stadtteil IV – Kirchenfeld / Schosshalde: Unterstützung der Varianten mit Erhöhung des Durchfahrtswiderstandes MIV, flächendeckende Begegnungszonen.
- Mitwirkung zum Quartierplan Stadtteil IV – Kirchenfeld / Schosshalde: Quartierzentrum Tramdepot Burgernziel zentral, Einbringen der an der Tagung zur Oststadt erarbeiteten Thesen.

Spurgruppe Wohnen

Die Gruppe befasste sich mit den aktuellen wohnungspolitischen Vorlagen und Vorstössen, insbesondere mit dem neuen Artikel in der Bauordnung zum Ersatz des kantonalen Wohnenerhaltungsgesetzes. Wir forderten einen Leerwohnungsbestand von 1.5 % und tiefer als Definition des Wohnungsnotbegriffs. Die parlamentarische Beratung ist noch nicht abgeschlossen.

Ebenso analysierten wir die Zusammensetzung der Bewohnerschaft in ausgewählten Siedlungen, um daraus Folgerungen für weitere Wohnprojekte zu ziehen. Neben der Planung von neuen grösseren Wohngebieten sollte u.E. auch die Verdichtung nach innen zielstrebig weiterverfolgt werden (z.B. im Zusammenhang mit der Tramachse Region Bern).

Das Programm der Stadtzürcher Exekutive «Wohnen Stadt Zürich» finden wir in gewissen Punkten konsequenter als die bisherige Politik des Berner Gemeinderates. Bei der Legislaturplanung 2013–2016 des neuen Gemeinderates sollten daraus einige Massnahmen berücksichtigt werden.

Die Arbeit an den Wohnthemen wird sicher weitergeführt. Ob künftig eine spezielle Gruppe bestehen bleibt oder ob sich die AG Wohnen/Stadtentwicklung vermehrt damit beschäftigt, wird anfangs 2013 entschieden.

Die Mitglieder der AG Stadtentwicklung/Wohnen sind: Oskar Balsiger, Felix Hauser, Elsi Meyer, David Stampfli und Gisela Vollmer.

Für die AG Stadtentwicklung/Wohnen: Gisela Vollmer und Felix Hauser

9.6 Arbeitsgruppe Wirtschaft

Die Tätigkeiten der AG Wirtschaft im Jahr 2012 waren stark durch das Thema „Energiepool Bern“ geprägt. Die AG Wirtschaft entwickelte ein Modell, wie ein Energiepool in der Stadt Bern aussehen könnte, informierte darüber und gab Anstösse, um die Konkretisierung und Umsetzung des Modells in die Wege zu leiten.

Der Energiepool soll dazu beitragen, die Energiewende breit abgestützt voranzutreiben. Im Energiepool werden innovative Projekte zur dezentralen Energieerzeugung initiiert und koordiniert. Privatpersonen und Unternehmen investieren in neue, effiziente Projekte der Wärme- und Stromerzeugung, die dezentral in den Quartieren oder am Stadtrand erstellt werden, an technisch und städtebaulich geeigneten Standorten, mit optimalen Betriebsgrössen und mit der erforderlichen Vernetzung. Eine wichtige Rolle kommt der Agentur zu, die das Gesamtprojekt koordiniert, aber auch bei der Realisierung der einzelnen Projekte hinsichtlich Technologie, Finanzierung, vertraglicher Regelung sowie Vernetzung mit Rat und Tat zur Seite steht. Die Agentur berät – u.a. auf der Basis des Energierichtplans – bei der Ermittlung der im konkreten Fall optimalen Lösung, sie steht für rechtliche und finanzielle Sicherheit, pflegt Kontakte zu den Bewilligungs- und Subventionsinstanzen, sorgt für gute Vernetzung, bietet Contracting und Dienstleistungen zu fairen Preisen an, u.a.m.

Die AG Wirtschaft konnte ihr Modell Energiepool parteiintern der GL sowie der DV vom 27. August präsentieren. Gestützt auf die Vorarbeiten der AG reichte die SP/JUSO-Fraktion im Stadtrat bereits am 25. April die Motion „Neue Energievisionen II: Ein Energiepool Bern“ ein; die Behandlung dieser Motion ist zurzeit noch ausstehend. Ausserdem wurden verschiedene Gespräche mit Experten geführt, und im Rahmen der Vernehmlassung zum Energierichtplan Bern konnte der Energiepool als wichtige spezifische Massnahme vorgeschlagen werden.

Daneben hat die AG Wirtschaft eine Stellungnahme der SP Stadt Bern zur Strategie 2020 des Wirtschaftsraumes Bern (Regionalkonferenz Bern-Mittelland) vorbereitet.

Für das Jahr 2013 beabsichtigt die AG Wirtschaft, wieder eine breitere Themenpalette anzugehen.

Die Mitglieder der AG Wirtschaft sind: Barbara Aeschbacher, Cipriano Alvarez, Michael Arn, Stefan Balsiger, Toni Brauchle (Vorsitz), Benno Frauchiger, Christian Jungen, Christian Käch, Barbara Nyffeler, Beatrice Stucki und Nicola von Greyerz.

Für die AG Wirtschaft: Toni Brauchle

9.7 Arbeitsgruppe Gleichstellung

Die AG Gleichstellung versuchte zu Beginn des Jahres, Gleichstellung zu einem Schwerpunkt der stadtbernischen Wahlen zu machen. Aus unserer Sicht konnte dieses Ziel nur mangelhaft erreicht werden. Zudem beabsichtigte die AG Gleichstellung, ein Podium zum Weltfrauentag auf die Beine zu stellen. Dieser Plan scheiterte aufgrund von Absagen.

In einer zweiten Phase kümmerte sich die AG Gleichstellung vor allem um die Medienarbeit des interfraktionellen Quotenvorstosses im Stadtrat. Sie betrieb dazu ein intensives Medienlobbying auf nationaler und lokaler Ebene – die Resonanz bei der Überweisung des Vorstosses war gross und löste in der ganzen Schweiz eine Debatte aus.

Im nächsten Jahr wird die AG Gleichstellung eine Auslegeordnung machen, ihren Auftrag im Gespräch mit der Parteileitung weiterentwickeln, einen neuen Anlauf für ein Podium starten und eventuell einen Entwurf zu Händen der Delegiertenversammlung formulieren, der die Positionen der SP Stadt Bern in Sachen Gleichstellung aktualisieren soll. Auf städtischer Ebene stellt sich die Frage, wie die Stadt Bern nach dem Auslaufen des Aktionsplans zur Gleichstellung von Frauen und Männern, der von 2009 bis 2012 dauerte, die Gleichstellung vorantreibt. Unserer Einschätzung nach geht es in Sachen Gleichstellung heute aber nicht primär um Papiere, sondern darum, die bekannten Massnahmen umzusetzen und an der Kommunikation zu feilen.

Für die AG Gleichstellung: Simon Zurbrügg und Lea Kusano, Co-Präsidium

9.8 Schulfraktion

Die regelmässigen Treffen der Schulfraktion mit den Schulkommissionsmitgliedern der SP wurden auch im Jahr 2012 fortgesetzt. Themen waren der Stand der Umsetzung des Schulreglements, die Diskussion um die Strukturreform der Volksschule sowie die Selektion in der Schule.

Einmal mehr beschäftigte uns das Schulreglement. Der Gemeinderat arbeitete zu Händen der Vernehmlassungsteilnehmer zwei Vorschläge zur Umsetzung des Stadtratsauftrages aus – einerseits die Einheitsschulkommission, andererseits die Zentralschulkommission mit sechs Schulkreiskommissionen.

Die Schulfraktion verfasste einen Vernehmlassungsentwurf zum Projekt Strukturreform der Volksschule zu Händen der Geschäftsleitung, in der sie sich für das „Modell Ist Plus“ ausspricht – d.h. eine Beibehaltung der heutigen Struktur mit sechs Schulkommissionen, aber mit einer Stärkung der bisherigen Volksschulkonferenz. Die Geschäftsleitung entschied sich für das Modell „Zentralschulkommission“.

Die entscheidende Debatte im Stadtrat fand im November 2012 statt. Nach eineinhalbstündiger Diskussion entschied der Rat, nicht auf die Vorlage einzutreten. Damit bleibt es bis auf weiteres beim Status quo.

Für die Schulfraktion: Corinne Mathieu

10. Bericht der JUSO Stadt Bern

Im Zentrum der Aktivitäten der JUSO Stadt Bern standen im Jahr 2012 drei Schwerpunkte: Zum einen war dies die Vorbereitung auf die Stadtratswahlen 2012, bei denen die JUSO Stadt Bern zum ersten Mal mit einer eigenen Liste angetreten ist und zum andern waren es die zwei Themen Sicherheit und Nachtleben, welche die JUSO inhaltlich beschäftigt haben. Um diese drei Schwerpunkte herum fanden zahlreiche Sitzungen und Aktionen sowie ein Austausch mit der SP und anderen Parteien statt.

Sicherheitspapier

Gemeinsam mit den zwei anderen linken Jungparteien (JA! und junge grüne) wurde in mehreren Sitzungen ein gemeinsames Positionspapier zur Sicherheitspolitik und der Polizei in der Stadt Bern verfasst. Daraus resultierten Forderungen wie die nach einer Wiedereinführung der Stadtpolizei, damit die politische Verantwortung wieder bei der Stadt ist. Nur so kann die demokratische Mitbestimmung der Stadt gewährleistet werden. Zentral am Positionspapier ist der Schutz von politischen Kundgebungen und Anlässen vor Repression und Kontrolle durch die Polizei. Gerade einige Vorkommnisse in Bern und die Tendenz, Kundgebungen zu verhindern oder politische AktivistInnen zu drangsalieren, stossen bei den Jungparteien auf grosse Kritik. Weiter beinhaltet das Papier Forderungen wie eine grundsätzlich unbewaffnete Polizei, eine klarere Kennzeichnung und Kontrolle der PolizistInnen, ein Verbot von PolizistInnen in Zivil bei politischen Anlässen sowie verbesserte Schulungen, insbesondere zu Deeskalation und Grundrechten. Ganz allgemein war die Zusammenarbeit zwischen den RGM-Jungparteien im Jahr 2012 sehr gut; neben dem Positionspapier zur Sicherheitsfrage arbeiteten die Jungparteien unter anderem auch bei der Frage der Reitschule und der Gemeinderatsliste von RGM zusammen, was beispielsweise zu einem gemeinsamen Hearing der RGM-Kandidierenden für den Gemeinderat führte.

Nachtleben

Nicht zuletzt wegen dem unglücklichen Vorgehen des Regierungsstatthalters und der Stadt in der Frage der Reitschule, aber sicher spätestens nach dem Tanz dich Frei 2.0, wurde das Nachtleben zur meistdiskutierten Frage im Wahljahr 2012. Die JUSO hat dazu pointiert Stellung bezogen und sich ebenfalls in überparteilichen Organisationen für mehr Freiräume eingesetzt. Dabei wurde auch eine eigene Vernehmlassungsantwort zum Konzept des Gemeinderates verfasst, in der die JUSO weniger Repression und dafür mehr Kultur fordert.

Wahlen

Im Jahr 2012 trat die JUSO Stadt Bern zum ersten Mal mit einer eigenen Liste zu den Stadtratswahlen an. Die Liste verdiente das Prädikat „klein aber fein“, denn es stellten sich fähige Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung. Die thematische Grundlage des JUSO-Wahlkampfes bildete das Wahlmanifest 2012. Unter dem Titel „Dini Stadt – Dis Bärn!“ forderte die JUSO eine Stadt der Freiräume, eine farbige,

moderne und repressionsfreie Stadt. Für diese Forderungen setzte sich die JUSO mit Strassenaktionen ein. Es gelang der JUSO Stadt Bern jedoch nicht, einen Sitz zu erringen. Damit verfehlte sie ihr Ziel. Immerhin konnte die JUSO dank einer Unterlistenverbindung mit der SP zu deren dritten Sitzgewinn beitragen.

Aktionen

Auch im Jahr 2012 hat die JUSO Stadt Bern mit unterschiedlichen Aktionen versucht, auf der Strasse präsent zu sein. Im Folgenden seien die wichtigsten mit einem kurzen Beschrieb aufgelistet.

1. Das ganze Jahr hindurch und speziell ab der Lancierung der Nahrungsmittelspekulationsstoppinitiative war die JUSO auf der Strasse, um Unterschriften zu sammeln.
2. Im Rahmen des Wahlkampfes wurden folgende Aktionen durchgeführt:
 - Flashmob: Die JUSO ging, mit Boxen ausgestattet und mit Masken der KandidatInnen verkleidet, durch die Stadt und verteilte Flyer.
 - Rosen: Um auf die Webseite disbaern.ch aufmerksam zu machen, sprayte die JUSO Rosen aus Kreide auf den Bundesplatz. Leider wurden diese schneller entdeckt als erwartet und der Platz gereinigt. Die Rechnung dafür hat die JUSO Stadt Bern gekriegt.
 - Aktion gegen Polizeirepression: Um, auch im Rahmen des von JUSO/JA/jungen grünen verabschiedeten Papiers, auf die steigende Repression seitens der Polizei aufmerksam zu machen, wurde von der JUSO Stadt Bern ein Strassentheater zum Thema aufgeführt.

Trotz Bemühungen seitens des Vorstandes ist das Ergebnis ernüchternd: Viele der Aktionen konnten nicht oder schlecht durchgeführt werden, da kaum Basismitglieder an den Aktionen teilgenommen haben. 2013 wird die Remobilisierung der Basis ein zentrales Ziel sein.

In der JUSO selbst hat es in diesem Jahr verschiedene Wechsel gegeben: Aus dem Vorstand verabschiedet wurden Dominik Fitze, Cédric Grützner, Matteo Langenegger und Oliver Dreyer. Neu in den Vorstand gewählt wurden Tamara Funicello, Felix Graf, Lukas Blatter und Corinne Fankhauser. Die Neuen bilden gemeinsam mit den verbleibenden Michelle Stirnimann, Clau Dermont und Cristina Rösch den aktuellen Vorstand der JUSO Stadt Bern.

11. Kontaktadressen

Sekretariat SP Stadt Bern
Monbijoustr. 61, Postfach 1096
3000 Bern 23
031 370 07 90
bern@spbe.ch
www.spbern.ch

JUSO Bern
Postfach 6846
3001 Bern
info@juso.be
www.juso.be

SP Bern Altstadt Kirchenfeld
Postfach 511
3000 Bern 8
info@sp-altstadt.ch
www.spbern-altstadt.ch

SP Bümpliz/Bethlehem
Postfach 713
3018 Bern
info@spbb.ch
www.spbb.ch

SP Bern-Nord
Postfach
3000 Bern 25
info@sp-bern-nord.ch
www.sp-bern-nord.ch

SP Bern Holligen
Postfach
3000 Bern
info@spholligen.ch
www.spholligen.ch

SP Bern Ost
Postfach
3014 Bern
bernost@sp-be.ch
www.sp-bern-ost.ch

SP Bern Süd
Postfach 1093
3000 Bern 23
info@sp-bern-sued.ch
www.sp-bern-sued.ch

SP Länggasse-Felsenau
Postfach 828
3000 Bern 9
info@sp-laenggasse.ch
www.sp-laenggasse.ch